



STELLUNGNAHME ZU DEN GEPLANTEN ANSCHLÄGEN AUF MOSCHEEN IN ZEHN BUNDESLÄNDERN: ANTIMUSLIMISCHEN RASSISMUS ERNST NEHMEN UND ENTSCHIEDEN BEKÄMPFEN

**17. FEBRUAR 2020 – STELLUNGNAHME VON CLAIM
ALLIANZ GEGEN ISLAM- UND MUSLIMFEINDLICHKEIT**

Laut Medienberichten planen Rechtsextremisten Anschläge auf Betende in Moscheen in zehn Bundesländern. Das Ziel war die Herbeiführung „bürgerkriegsähnlicher Zustände“. CLAIM fordert die Politik auf, antimuslimischen Rassismus endlich ernst zu nehmen und entschieden zu bekämpfen.

*„Die Pläne zur Herbeiführung bürgerkriegsähnlicher Zustände durch eine rechtsextreme Terrorgruppe sollten allen deutlich machen: antimuslimischer Rassismus bedroht die gesamte Gesellschaft und unsere Demokratie“, warnt Nina Mühe, Projektleiterin von CLAIM. CLAIM fordert immer wieder, das Stillschweigen zur wachsenden Islam- und Muslimfeindlichkeit zu beenden. Nina Mühe weiter: „es braucht endlich ein deutliches Signal gegen diese autoritaristischen, rassistischen und demokratiefeindlichen Haltungen: alle politischen Parteien müssen den Kampf gegen antimuslimischen Rassismus aufnehmen, in ihren Parteiprogrammen verankern und zum gesamtgesellschaftlichen Thema machen. Das fordern wir immer wieder. Angriffe auf Muslim*innen und muslimische Einrichtungen, sind Angriffe auf die gesamte Gesellschaft und auf die Demokratie.“*

Seit Jahren werden in Deutschland Moscheen, Muslim*innen sowie Menschen, die als Muslim*innen gelesen werden zur Zielscheibe. Im vergangenen Jahr fand mindestens jeden zweiten Tag ein solcher islamfeindlich motivierter Übergriff statt: die Bundesregierung geht für das Jahr 2019 von 184 Fälle von islamfeindlich motivierten Angriffen auf Moscheen, Religionsstätten, religiöse Repräsentanten aus (Quelle: Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage der LINKEN/ Drucksache19/11240 vom 27.06.2019). Und das ist nur ein Bruchteil der islamfeindlich motivierten Diskriminierungen, Anfeindungen und Übergriffen, denen Menschen in Deutschland täglich ausgesetzt sind. Denn das Dunkelfeld ist groß: die Dunkelziffer antimuslimischer Hassverbrechen wird von Expert*innen jedoch wesentlich höher, auf das Achtfache geschätzt.

Seit Jahren warnt eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen (unter anderem die [CLAIM Allianz](#)) davor: Antimuslimischer Rassismus durchzieht die gesamte Gesellschaft.

CLAIM fordert daher seit der Gründung der Allianz ganz konkret:

1. Die Einrichtung einer **unabhängigen Expert*innenkommission „Antimuslimischer Rassismus“**. Zur Pressemitteilung vom 19.06.2019: <https://www.claim-allianz.de/presse/pressemitteilung-offener-brief-2/>
2. **Eine Intensivierung des Engagements gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen in Deutschland, um gegen**

antimuslimischen Rassismus vorzugehen. Zur Pressemitteilung vom 21.02.2019

<https://www.claim-allianz.de/presse/pressemitteilung-antimuslimischer-terroranschlag-in-neuseeland-claim-fordert-staerkeres-engagement-zur-praevention-von-islam-und-muslimfeindlichkeit-auch-in-deutschland/>

Zur Pressemitteilung vom 28.02.2019 <https://www.claim-allianz.de/presse/pressemitteilung-rassistische-angriffe-auf-musliminnen-claim-fordert-eine-auseinandersetzung-mit-antimuslimischem-rassismus-in-deutschland/>

ÜBER CLAIM

CLAIM vereint und vernetzt rund 38 muslimische und nichtmuslimische Akteure der Zivilgesellschaft. Wir bilden eine starke und gesellschaftlich breite Allianz gegen antimuslimischen Rassismus und Islamfeindlichkeit, in dem wir effektive Strukturen für fachlichen Austausch und Kooperation in Deutschland und in Europa schaffen und Organisationen und Projekte unterstützen, notwendige Kompetenzen weiter auszubauen. Durch gemeinsame Kampagnen schaffen wir bundesweite Sichtbarkeit für islamfeindliche, antimuslimische und rassistische Tendenzen und deren Auswirkungen, durch Publikationen, Konferenzen und thematische Arbeitsgruppen setzen wir wissenschaftliche und praxisbezogene Impulse. CLAIM arbeitet an einer Verbesserung der Datenlage zu islamfeindlich motivierten Übergriffen und Diskriminierung in Deutschland, um die Position von Betroffenen und Akteuren der Zivilgesellschaft gegenüber politischen Entscheidungsträgern zu stärken.

Mehr Informationen unter: www.claim-allianz.de / Kontakt: presse@claim-allianz.de